

Mehr für alle. Eine soziale Offensive für ein offenes Land!

Aktuelle Positionen der LINKEN zur Flüchtlingspolitik

Thema	Beschluss Bundesvorstand	Kommentare / Kontroversen
Umgang mit Fragen, Verunsicherungen, Ängsten	<p>Die Gesellschaft ist gespalten. Während viele in prekären Arbeitsverhältnissen zielsicher auf die Altersarmut zusteuern, besitzen wenige den Großteil des gesamten Vermögens. Während viele Menschen Geflüchtete willkommen heißen, reagieren andere verunsichert, ablehnend, zum Teil sogar gewalttätig. Viele fragen sich: "Wie soll das weitergehen, wenn noch mehr Geflüchtete zu uns kommen? Kriegen wir sie alle integriert? ..." Es sind keineswegs nur AfD- und Pegida-Anhänger_innen, die sich diese Fragen stellen. Unter den gegebenen Umständen stellt sich jedoch augenscheinlicher denn je die Frage, wie wir unser Zusammenleben so gestaltet wollen, dass nicht ausgerechnet jene, die ohnehin das Gefühl haben, ständig zu kurz zu kommen, die Zeche bezahlen. Wir nehmen diese Verunsicherungen ernst. A</p> <p>---</p> <p>Die politischen Koordinaten werden von der Bundesregierung wöchentlich nach rechts verschoben. Wer vorgibt, Sorgen und Ängste der Menschen ernst zu nehmen und dann</p>	<p>„Es gibt somit reale Probleme und Überforderung - auch in einem reichen Land wie Deutschland.“ (Fabio di Masi, 16.03.2016)</p>

	rechten Forderungen hinterherläuft, macht nichts anderes, als den Hetzern und Rassisten Recht zu geben. (Anti-Asyl-Pakete) B	
Krise als Chance	Wir brauchen heute nichts weniger als den Mut, die gegenwärtige Situation für einen gesellschaftlichen Aufbruch zu nutzen. Die Auseinandersetzung über die Flüchtlingspolitik stellt die soziale Frage neu. Das ist auch eine Chance. A --- Die aktuelle Situation ist auch eine Chance für Gewerkschaften, Flüchtlingsinitiativen, Verbände und soziale Bewegungen, die soziale Frage gemeinsam wieder auf die Tagesordnung zu setzen – für ein Europa, das eine bessere Zukunft für alle ermöglicht. E	
Krise ist hausgemacht und inszeniert	Die sogenannte "Flüchtlingskrise" ist hausgemacht. Schuld am öffentlichen Mangel sind nicht die Geflüchteten. Dieses Land ist jahrzehntelang auf Verschleiß gefahren worden. Der öffentliche Mangel war bekannt - schon bevor die Flüchtlingszahlen stiegen. Er wird jetzt nur noch offensichtlicher. Anders gesagt: Die Neuankommenden unterstreichen die Dringlichkeit von Problemen, die wir schon vorher angeprangert haben. A --- Seit Monaten wird über eine "Flüchtlingskrise" diskutiert, die in Wahrheit eine Krise der	

	<p>öffentlichen Infrastruktur und der sozialen Gerechtigkeit ist. Das Land ist nicht mit den Geflüchteten überfordert, sondern mit einer Bundesregierung, die die Gesellschaft spaltet und Kommunen und Länder im Stich lässt. B</p> <p>---</p> <p>Die „Flüchtlingskrise“ in Europa und der Bundesrepublik ist das Ergebnis eines inszenierten Notstandes. E</p>	
Menschenfeindlichkeit ist Folge neoliberaler Ideologie	<p>Die gegenwärtige dramatische Polarisierung der Gesellschaft ist letztlich auch die konsequente Fortführung des erbarmungslosen Gegeneinanders um jeden Preis, das der Neoliberalismus salonfähig gemacht hat. ... In solch einer Stimmung wachsen Menschenfeindlichkeit und Rassismus. A</p>	
	<p>In einer Festung Europa, die sich im Kriegszustand gegen geflüchtete Menschen befindet, kann sich keine Demokratie entwickeln. A</p>	
Einwanderungsgesellschaft	<p>Wir leben längst in einer Einwanderungsgesellschaft, von der viele hierzulande auch profitiert haben. A</p> <p>Deutschland ist ein Einwanderungsland. DIE LINKE. lehnt eine Migrations- und Integrationspolitik ab, die soziale und politische Rechte danach vergibt, ob Menschen für das Kapital als „nützlich“ oder „unnützlich“ gelten. F</p>	

eine weltumspannende Realität mit langer Geschichte	Grenzüberschreitende Flucht und Migration sind eine weltumspannende Realität mit langer Geschichte. A	
zwischen Asyl, Versorgung von Kriegsflüchtlingen und Einwanderung unterscheiden	Die Diskussion über Asyl, Versorgung von Kriegsflüchtlingen und Einwanderung wird meist vermischt. Sachlich haben sie nichts miteinander zu tun: Ein Einwanderungsgesetz hat keinen Einfluss auf die Rechtsansprüche von Flüchtlingen oder Asylbewerbern. Wir lehnen alle Pläne der Bundesregierung zur Verschärfung des <u>Asylrechts</u> ab. Das Grundrecht auf Asyl muss uneingeschränkt gelten und wiederhergestellt werden. <u>Menschen aus Kriegsregionen</u> müssen schnell und ohne aufwändiges Asylverfahren ein Aufenthaltsrecht bekommen. Wir sind gegen ein <u>Einwanderungsgesetz</u> , das sich an ökonomischen Nützlichkeitsabwägungen orientiert. Wir sind für Einwanderungsmöglichkeiten, die auf dem Grundsatz der Freizügigkeit basieren, den Menschen die Chance auf ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben in Deutschland ermöglichen, die Ansprüche auf soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe schaffen und humanitäre Aspekte in den Vordergrund stellen. E	„... Flüchtlinge gemäß ihrer familiären Bindungen und Präferenzen in der EU zu verteilen und damit Zuwanderung zu steuern, um Integration zu planen. Auch im Hinblick auf die Freizügigkeit innerhalb der EU gilt: Staaten behalten sich Eingriffe etwa beim universellen Recht auf Zugang zu Sozialleistungen vor, weil diese durch Steuern und Abgaben bzw. durch Arbeit finanziert werden. Freizügigkeit kann daher den Sozialstaat unter Druck setzen, wenn sie nicht durch die Integration in den Arbeitsmarkt unterstützt wird. Bei vielen Flüchtlingen ist dies wegen der Anerkennung von Berufsabschlüssen, Sprachbarrieren etc. jedoch nicht von heute auf morgen möglich. Daher ist eine Verteilung von Flüchtlingen auf EU-Mitgliedstaaten mit Eingriffen in die Freizügigkeit verbunden. (Fabio di Masi, 16.03.2016)
Grundrecht auf Asyl	Im Namen der Humanität ist es geboten, das jedem zustehende Grundrecht auf Asyl aufrecht zu erhalten - natürlich ohne	„Es können nicht alle Flüchtlinge nach Deutschland kommen.“ (Sahra Wagenknecht, 11.03.2016)

	<p>Obergrenzen, denn sonst wäre es kein Grundrecht mehr. A</p> <p>---</p> <p>Asyl ist ein Grundrecht und darf weder durch Obergrenzen noch durch Kontingente eingeschränkt werden. D</p> <p>---</p> <p>Das Asylrecht .. ist weder ein Gnaden- noch ein Gastrecht, das verwirkt werden kann. C</p>	<p>Wagenknecht, 11.03.2016)</p> <p>"Natürlich gibt es Kapazitätsgrenzen. Wer das leugnet, ist doch weltfremd." (Sahra Wagenknecht, 14.01.2016)</p> <p>„Anfang der neunziger Jahre hatten wir ja eine ähnliche Situation zu bewältigen, die damals in den Asylkompromiss gemündet hat. Ich habe ihn mitgetragen, weil Flüchtlingsheime brannten und mir völlig klar war, dass wir den Zustrom der Asylbewerber begrenzen müssen, damit die Stimmung nicht weiter kippt. Jetzt ist die Situation vergleichbar, allein in diesem Jahr sind eine Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Jeder weiß, dass das nicht jedes Jahr so weitergehen kann.“ (Oskar Lafontaine, 03.12.2015)</p> <p>---</p> <p>„Wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht dann eben auch verwirkt.“ (Sahra Wagenknecht, 11.01.2016)</p>
offene Grenzen	Offene Grenzen für Menschen in Not! ... Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen. F	
"Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört"	Die vielen, die die Grenzen der EU überschreiten, führen uns nicht nur die	

	Begrenztheit des Kapitalismus vor Augen. Sie setzen auch die Verteilungsfrage im globalen Maßstab auf die Agenda. Im Slogan der Refugee-Bewegung "Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört" findet diese Einsicht ihren Ausdruck. A	
Fluchtursachen bekämpfen	Es geht also nicht bloß darum, das Grundrecht auf Asyl zu verteidigen, sondern gleichermaßen Fluchtursachen zu bekämpfen. Das heißt zu aller erst: deutsche Rüstungsexporte sofort stoppen, neoliberale Freihandelsverträge kündigen, die Unterstützung für Terror-Sponsoren wie die Türkei und Saudi-Arabien einstellen, Nahrungsmittelspekulation und Patentierung von Lebensmitteln verbieten, Entwicklungszusammenarbeit demokratisieren und die zahllosen Kriegseinsätze der Bundeswehr beenden und sich stattdessen für politische Lösungen der existierenden Konflikte stark zu machen. A	
wer soll zahlen?	Die Reichen und die Profiteure des Neoliberalismus sollen die Kosten seiner Krisen zahlen. A	Um die Bereitschaft der Deutschen zur weiteren Aufnahme von Flüchtlingen zu bewahren, müsse sichergestellt sein, dass der Tisch für die Flüchtlinge von den Reichen und Superreichen gedeckt werde. (Oskar Lafontaine, 07.01.2016)
Integration	Integration = Offensive für das Öffentliche+ Demokratisierung Frage: „... wie soll das kulturell funktionieren?“	

	<p>– Antwort: Das imaginierte Kollektiv "wir Deutsche" entspricht nicht den Lebensrealitäten der Menschen hierzulande. Es funktioniert nur als eine Erzählung, um das "Fremde" zu konstruieren, das "draußen" bleiben - oder aber sich geräuschlos anpassen soll.</p> <p>Frage: "Aber es gibt doch Werte hierzulande, die gelten" – Antwort: „Die Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte im Grundgesetz sind für uns unverhandelbar. ... Sie gelten für jede und jeden in diesem Land, egal ob religiöser Fundamentalist oder Rassistin mit deutschem Pass. Es geht uns nicht um kulturelle Werte, sondern um universelle Rechte.</p> <p>Unter Integration verstehen wir daher einen Prozess konsequenter Demokratisierung. Deshalb ist nicht die Frage, wer sich wem anpassen soll. Sondern es kommt darauf an, über die Richtung der Veränderungen und damit verbundene Vorstellungen vom guten Leben demokratisch zu verhandeln. Integration setzt voraus, dass ein gemeinsamer Diskurs stattfindet. A</p>	
Demokratie	<p>Erst wenn die materielle Absicherung Aller - ohne Ausnahme - garantiert ist, kann sich demokratische Beteiligung wirklich entfalten. Wer also von Integration spricht, darf von der Demokratisierung unserer parlamentarischen</p>	

	Demokratie und sozialer Teilhabe für alle nicht schweigen. Das ist die Grundlage eines guten Zusammenlebens. A	
	Was müssen wir machen, damit wir das schaffen?	
Sozialgarantie	<p><u>Kampf gegen Armut und für gute Arbeit</u> Millionärssteuer – Reduzierung arbeitsrechtlicher Standards verhindern - Menschen soziale Sicherheit bieten (gegen Leiharbeit) A</p> <p>---</p> <p>... wäre es das Mindeste, dass sie [Angela Merkel] eine Sozialgarantie ausspricht statt es zuzulassen, dass die Schwachen gegen die Allerschwächsten auf dem Arbeitsmarkt, bei Löhnen, Wohnungen, Sozialleistungen und bei der Gesundheitsversorgung gegeneinander ausgespielt werden. Wir fordern von der Bundeskanzlerin eine eindeutige Aussage, dass keine Sozialleistungen abgebaut werden. B</p>	„Die Forderung nach einer Sozialgarantie ist in mehrfacher Hinsicht problematisch ... Die Forderung impliziert eben doch, dass die Zuwanderung ein Problem für den ärmeren Teil der Bevölkerung darstellen könnte, warum sonst sollte diese Garantie nötig sein? Dieser Eindruck wäre jedoch fatal.“ (Antrag zur Tagung des Landesrates der LINKEN. NRW am 09.04.2016, Hamide Akbayir u.a.)
Investitionsprogramm	<p><u>Offensive für das Öffentliche</u> Investitionen in das Öffentliche: ein 25 Milliarden Sofortprogramm für Wohnen, gesundheitliche Versorgung, Bildung, Mobilität, etc. Mit der Ideologie der Schwarzen Null sind die Herausforderungen im Europa des 21. Jahrhunderts nicht zu bewältigen. A</p> <p>---</p> <p>Investitionsprogramme für öffentliche</p>	

	Infrastruktur und Integration B	
Solidarität mit Geflüchteten	<p><u>Solidarität mit Geflüchteten</u> Das Asylrecht ist ein Menschenrecht. Es ist weder ein Gnadenrecht, noch darf es als Sanktionsrecht missbraucht werden. ... Deshalb lehnen wir Obergrenzen ab. Wir lehnen Abschiebungen ab. Geflüchtete müssen dezentral und bedarfsgerecht untergebracht werden. Aufhebung von Diskriminierungen wie der Residenzpflicht. Damit nicht noch mehr Menschen auf gefährlichen Routen ihr Leben riskieren, muss es legale Einreisewege in die EU geben, um hier einen Asylantrag stellen zu können. Strukturen der Selbstorganisation von Geflüchteten sollten unterstützt werden. Gleichberechtigter Zugang zur Arbeit. A</p> <p>---</p> <p>Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen, Kriegen und politischer Verfolgung geflohen sind, dürfen nicht abgewiesen oder abgeschoben werden. Wir fordern die Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl und kämpfen gegen die Illegalisierung von Flüchtlingen, gegen Abschiebungen, jede Form von Sondergesetzen wie die Residenzpflicht sowie gegen Sammellager. F</p>	<p>Thüringen will auch in den kommenden Wintermonaten abgelehnte Asylbewerber abschieben. „Es wird keinen pauschalen Abschiebestopp geben“, sagte Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) gestern unserer Zeitung. „Dazu stehe ich.“ (Thüringer Allgemeine, 21.10.2015)</p>

<p>Europa</p>	<p>Europa anders machen: Solidarisch. Demokratisch. Grenzenlos Eine europaweite, solidarische Lösung für die Aufnahme von Geflüchteten. Eine europäische Anleihe, um die menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten zu gewährleisten und für Investitionen in eine soziale und öffentliche Infrastruktur für alle. Ein einheitliches europäisches Asylrecht. A --- Mit einer gemeinsamen solidarischen Flüchtlingspolitik wäre die Aufnahme der Geflüchteten auf einem Kontinent mit mehr als 500 Millionen Menschen ohne weiteres leistbar. B --- Grenzen auf: Abschottung der Europäischen Union beenden – Freizügigkeit durchsetzen! Wir lehnen jede Militarisierung der EU-Außengrenzen und den Einsatz der Bundeswehr zur „Schlepperjagd“ ab. ... Wir fordern stattdessen ein ziviles Seenotrettungsprogramm. Legale Fluchtwege und gesicherte geordnete Asylverfahren sind der sicherste Weg, Schlepper überflüssig zu machen. E</p>	
---------------	--	--

DIE LINKE hält Kurs	Wenn die anderen Parteien nach rechts rücken, bleiben wir standhaft. DIE LINKE hält Kurs: Verlässlich für alle, die den Rechtsruck nicht mitmachen, die eine menschliche, weltoffene und gerechte Gesellschaft wollen. DIE LINKE bleibt die Partei der Willkommenskultur, die die Solidarität mit Geflüchteten mit dem Kampf gegen Armut und für den Ausbau des Öffentlichen verbindet. B	
breite Gegenbewegung	<p><u>Kräfte bündeln. Auf Solidarität aufbauen. Rassisten entgegentreten, Rechtsruck stoppen!</u></p> <p>Es geht um alles! Der Kampf gegen den Rechtsruck in Europa und hierzulande wird in den kommenden Monaten die bestimmende Aufgabe der Linken und all derjenigen, die aufstehen gegen Rassisten für eine offene und menschliche Gesellschaft. ...</p> <p>Um eine breite Gegenbewegung gegen die politische Rechte anzustoßen, müssen sich die Kräfte bündeln. Bundesweite Initiativen sind entstanden, die beides noch enger zusammenbringen: Geflüchtete willkommen - Rassisten entgegentreten! Wir brauchen ein gesellschaftliches Bündnis gegen rechts, eine breite antirassistische Koalition ...</p> <p>Eine gesellschaftliche Gegenbewegung gegen Rassismus und den Rechtsruck muss politisch flankiert werden. Wir fordern vor allem die Sozialdemokratie und die Grünen auf, sich</p>	<p>„Die LINKE macht deutlich, dass sie die AfD auf allen Ebenen bekämpfen wird; dieser Kampf sich aber nicht in einem politischen Bündnis mit den etablierten Parteien SPD, CDU und Grünen führen lässt. Die AfD lässt sich nur aus der Perspektive einer entschiedenen linken Opposition bekämpfen, nicht, wenn wir als Teil des politischen Establishments wahrgenommen werden.“ (Antrag zur Tagung des Landesrates der LINKEN. NRW am 09.04.2016, Hamide Akbayir u.a.)</p>

	<p>daran zu beteiligen und gesellschaftliche Anstrengungen für Antirassismus und Willkommenskultur in den Parlamenten zu unterstützen. B</p>	
--	---	--

A Mehr für alle. Eine soziale Offensive für ein offenes Land! Beschluss des Parteivorstandes vom 13. März 2016
<http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand-2014-2016/beschluesse/mehr-fuer-alle-eine-soziale-offensive-fuer-ein-offenes-land/>

B Für Demokratie und Solidarität! Gegen den Rechtsruck! Beschluss des Parteivorstandes vom 13. März 2016
<http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand-2014-2016/beschluesse/fuer-demokratie-und-solidaritaet-gegen-den-rechtsruck/>

C Kein Gast- oder Gnadenrecht: Asylrecht ist Menschenrecht. Beschluss des Geschäftsführenden Parteivorstandes vom 12. Januar 2016
<http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand-2014-2016/beschluesse/kein-gast-oder-gnadenrecht-asylrecht-ist-menschenrecht/>

D Positionierung zu Obergrenzen und Kontingenten in der Asylpolitik. Beschluss des Parteivorstandes vom 12. Dezember 2015
<http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand-2014-2016/beschluesse/positionierung-zu-obergrenzen-und-kontingenten-in-der-asylpolitik/>

E Zeit zu handeln! Warum wir keine Flüchtlingskrise, sondern eine Krise der sozialen Gerechtigkeit haben. Beschluss des Parteivorstandes vom 26. September 2015
<http://www.die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand-2014-2016/beschluesse/zeit-zu-handeln-warum-wir-keine-fluechtlingskrise-sondern-eine-krise-der-sozialen-gerechtigkeit-haben/>

F Programm der Partei DIE LINKE, Erfurt, 2011
<http://www.die-linke.de/partei/dokumente/programm-der-partei-die-linke/>

Zusammengestellt von Hans Günter Bell, 06.04.2016